

# QUARTALSBERICHT

**Projektland: PERU**

**Quartal/Jahr: II/2011**

**Die ersten Tage nach der Präsidentenwahl: Humala besucht als erstes Land Brasilien**

**Sozialproteste mit Toten und Verletzten im Juni 2011**

Die ersten Tage nach der Präsidentenwahl: Humala besucht als erstes Land Brasilien

Nachdem die Börse in Lima am ersten Tag nach der Stichwahl ihren tiefsten Fall (minus 12,5 %) in der Geschichte Perus erlebte, konnten die Verluste relativ schnell wieder wettgemacht werden. Die heftigen Kursbewegungen sind durch die Anleger verursacht worden, die durch die Wahl des Linkspopulisten Ollanta Humala verschreckt wurden. Die schwersten Kursverluste hatten die Unternehmen des Bergbaus erlitten. Der Bergbau ist der Motor der peruanischen Ökonomie, der ca. 60 % der Exporte ausmacht. Der Bergbau ist empfindlich gegenüber möglichen zukünftigen Staatseingriffen des neu gewählten peruanischen Präsidenten. Humala hatte mit einer Steuer auf außergewöhnliche Gewinne im Bergbau aufgrund der hohen Rohstoffpreise gedroht, damit die zukünftig geplanten Sozialausgaben (z.B. staatliche Rente für bedürftige Peruaner ab 65 Jahren) finanziert werden können. Mittlerweile hat Humala schon einen moderateren Ton angeschlagen und möchte sogar mit dem Bergbausektor über eine Besteuerung verhandeln. Beruhigend wirkte auch auf die Anleger, dass Wirtschaftsfachleute aus der Regierungszeit von Ex-Präsident Toledo (2001 bis 2006) eine wichtige Rolle in der Übergangsregierung spielen sollen.

Bevor der neu gewählte Präsident Humala Ende Juli 2011 sein Amt antritt, führt er in zahlreichen Ländern Lateinamerikas Gespräche mit den Regierungschefs. Peru steht ein erheblicher Wandel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit dem Linksnationalisten Humala bevor. Humalas erste Station auf seiner Lateinamerikatour führte ihn nach Brasilien, dass sich die Regierung Humalas als Vorbild nehmen wird. Jedoch wird Vorsicht geboten sein, dass die nationalen Interessen Perus nicht völlig von den Interessen des mächtigen brasilianischen Nachbarn überlagert werden.

Zu bedenken ist, dass sich die brasilianische Wirtschaft durch einen starken Protektionismus auszeichnet. Die Preise für Milchprodukte und Fleisch im peruanischen Grenzgebiet zu Brasilien sind nicht mit den Preisen auf brasilianischer Seite konkurrenzfähig. Eventuell wären die Preise von peruanischen Früchten und Gemüse wettbewerbsfähig, aber hierbei kommt hinzu, dass Brasilien Hygienevorschriften bezüglich der Einfuhr von ausländischen Produkten besitzt und dass die peruanischen Produkte (Früchte/Gemüse) nicht diesem Standard entsprechen.

Ferner ist der Bau der neuen Interozeanischen Straße „Interoceanica“ zu erwähnen, die von brasilianischer Seite aus durch Dschungelgebiete nach Peru bis zum Pazifik führt. Mit dem Zugang zum Pazifik ist ein brasilianischer Traum erfüllt, da durch die Häfen an der Pazifikküste Perus die asiatischen Märkte für Brasiliens Wirtschaft näher rücken.

Außerdem würden die in Peru geplanten Staudammprojekte zur Energiegewinnung auf peruanischem Territorium eine billige Energiequelle für Brasilien darstellen. Diese geplanten Staudammprojekte sind aufgrund ihrer Umweltschäden stark umstritten und werden in Peru seit Monaten durch zahlreiche Sozialproteste im Land begleitet. Vor einiger Zeit erst baten peruanische Umweltgruppen den derzeitigen Kongress, dass das Abkommen zwischen der peruanischen und brasilianischen Regierung bezüglich der geplanten Wasserkraftwerke auf peruanischem Territorium nicht bewilligt werden sollte. Dieses Abkommen hätte den Bau der Wasserkraftwerke „Inambari“, „la de Paquitzapango“ und drei weiteren Wasserkraftwerken im peruanischen Amazonasgebiet mit unabsehbaren Umwelt- und Sozialkosten zur Folge.

Die Erfolgspolitik des brasilianischen Ex-Präsidenten Lula da Silva ist bekannt für einen wirtschaftlichen Pragmatismus, den er mit offensiver Sozialpolitik verknüpfte. Hauptkritikpunkt an der Politik Lula da Silvas war, dass er der Wirtschaft Vorrang vor der Ökologie gab. Der Aufstieg zur Wirtschaftsmacht und die damit verbundene Umweltzerstörung wurden gerade von der brasilianischen und internationalen Zivilgesellschaft aufgedeckt. Der Ex-Präsident Lula da Silva verbat sich damals jegliche Kritik von ausländischen Besuchern an seiner Umweltpolitik, die im Besonderen den Regenwald und die Zerstörung des Amazonasgebietes und die Verletzung der Rechte indigener Völker betraf. Umweltgruppen waren besonders von einem damals neuen Gesetz unter Lula da Silvas Regierung schockiert, dass die Privatisierung von 674.000 Quadratkilometer Amazonasgebiet autorisierte. Lula da Silva zeigte sich damals selbstbewusst und nahm eventuellen Streit aufgrund des Gesetzes auf internationaler Ebene in Kauf, da er seit 2003 mit einer breiten Koalition, die bis ins konservative Lager reichte, regierte. Die komplexen Probleme in der Urwaldregion Brasiliens lassen sich auf die Realität Perus übertragen, da auch in Peru die staatlichen Institutionen bisher wenig den Gesetzen des „Wilden Westens“ in den Urwaldgebieten Perus entgegensetzen können.

Hierbei ist wichtig zu wissen, dass in Peru derzeit über 50 % der Konflikte dem Umweltbereich angehören: Viele Umweltkonflikte resultieren aufgrund des Bergbaus und der Öl- und Gasförderung. Das Gesetz zur Vorabkonsultation der Indigenen Völker wurde von der derzeitigen Regierung immer noch nicht verabschiedet.

Die Diffamierung von Personen und Institutionen, die sich in Peru für den Umweltschutz, Menschenrechte und die Rechte der Indigenen Völker einsetzen ist auch in Peru weit verbreitet. Im Juni 2011 wurde die Wohnung der Umwelt- und Menschenrechtsaktivistin Van Dalsen im peruanischen Amazonasgebiet angezündet und brannte komplett aus. Die Holländerin arbeitet als Dozentin an einer Universität (Universidad Nacional Intercultural de la Amazonía – UNIA), um Jugendliche aus dem Amazonasgebiet zu Themen des Umweltschutzes, der Interkulturalität und der Rechte der Indigenen Völker fortzubilden. Die Existenz von Indigenen in Dschungelgebieten wird durch landwirtschaftliche Aktivitäten, illegale Rodungen, aber auch durch Drogenschmuggel im Grenzgebiet bedroht. Van Dalsen begann ihre Arbeit im Jahr 2006 und sie erfährt für ihren Einsatz für die Verteidigung der Rechte der Indigenen Völker viel Anerkennung. Bedrohungen und sogar Todesdrohungen nehmen zu, wenn Menschenrechts- und /oder Umweltaktivisten, Fälle von Korruption anzeigen. Hinschwerend kommt hinzu, dass Peru schon seit längerem den ersten Platz in der Kokaproduktion eingenommen hat, was zu einem Anstieg von Auftragsmorden und einem Anstieg der Kriminalität führte. Gerade die Dschungelgebiete in den schlecht kontrollierbaren Grenzgebieten des Nordosten Perus, die an Brasilien, Ecuador und Kolumbien angrenzen, werden verstärkt von den Drogenhändlern frequentiert.

Viele der armen Bevölkerung haben Ollanta Humala gewählt, so dass nun ein enormer Erwartungsdruck entsteht. Gelingt es der neuen Regierung jedoch nicht die Erwartungen der Indigenen halbwegs zu befriedigen, so werden die Sozialproteste auch unter der neuen Regierung nicht abnehmen. Problematisch bleibt weiterhin, dass gerade viele Grossprojekte in der Projektplanung sind, die verstärkt die arme Landbevölkerung betreffen.

#### Sozialproteste mit Toten und Verletzten im Juni 2011

Peru hatte schon 1994 die ILO-Konvention 169 ratifiziert, die Vorabkonsultation der Indigenen Völker aber nicht angewandt. Dies führt schon seit Jahren immer wieder zu Protesten. In Puno wurde Ende Juni 2011 ein 41 Tage dauernder Streik der campesinos aufgehoben – die Bilanz dieses Streiks waren 5 Tote. Die indigene Bevölkerung verlangt, dass die Vorabkonsultation endlich umgesetzt wird und dass sie vorab konsultiert werden – wie es die von Peru ratifizierte ILO-Konvention 169 verlangt, sofern deren Kollektivrechte unmittelbar betroffen sind. Für die Landbevölkerung der Regionen Cusco und Puno, die von der Landwirtschaft und dem Fischfang leben, gibt es das Problem, dass ein Großteil der Flüsse und Seen stark von den Schwermetallen des Bergbaus kontaminiert ist. Problematisch ist weiterhin, dass ein Großteil der Landfläche von Cusco und Puno in Konzessionsblöcke eingeteilt ist und die indigene Bevölkerung vor Ort nie konsultiert wurde. Die Konzessionsvergabe an Firmen des Bergbaus erfolgt zentral von Lima aus und die betroffene Bevölkerung erfährt meist zuletzt davon.

In der Region Huancavelica starben bei Auseinandersetzungen um Geldmittel für eine Universität 4 Menschen. In der Bergstadt Huancayo kam es Ende Juni zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizei, nachdem Polizisten versuchten, die Straßenblockade der Studenten aufzulösen. Auslöser war der von den Studenten geforderte Rücktritt des Universitätsdirektors, der verschiedene Unrechtmäßigkeiten begangen haben soll. Die Bilanz der Auseinandersetzungen sind 22 Verletzte und 18 Festnahmen.

Viele der regionalen und lokalen Konflikte suchen die Konfliktlösung in Lima, da viele dieser Streitangelegenheiten thematisch auf nationaler Ebene entschieden werden wie z.B. die Konzessionen für den Bergbau oder der Universitätsbereich. Der Auslöser ist, dass es keine Mechanismen der Partizipation für die Bevölkerung gibt, die von den Entscheidungen betroffen ist. Wenn z.B. eine Universität gebaut werden soll aufgrund eines Gesetzes im Kongress, müssen Mechanismen gesucht werden, um die verschiedenen Interessenskonflikte zu schlichten.

#### Sicherheit: Bandenkrieg im Hafenviertel Limas droht zu eskalieren

Die Zunahme von Gewalt in Peru und Lima hat viele Gesichter. Dazu zählt auch die hohe Kriminalitätsstatistik des Hafenviertels Callao von Lima. Ein erneuter Bandenkrieg wird sich anbahnen nachdem die Justiz im Juni 2011 sieben Mitglieder der Bande „Los Noles“ freigesprochen hat. Die Polizei bezichtigt die Justiz dafür, unverantwortlich zu handeln, da die freigelassenen Bandenmitglieder bereits durch verschiedene Tötungsdelikte auf sich aufmerksam gemacht haben.

Diese Beispiele verdeutlichen, welches ein schweres Erbe Humala Ollanta als neuer Präsident antritt. Ein Land, das zutiefst zwischen der modernen und boomenden Millionenmetropole Lima und den oftmals armen ländlichen Gebieten Perus gespalten ist. Die Kehrseite des Wirtschaftswachstums ist u.a., dass ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung dem sogenannten informellen Sektor angehört, so dass sie über keinerlei

soziale Absicherung verfügt. Ferner ist ein rasanter Anstieg von Kinderarbeit zu verzeichnen ist. In der Urwaldstadt Iquitos im Nordosten Perus arbeiten 70 % der schulpflichtigen Kinder (ab 5 Jahren).

Ausführliche Details zu dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen vom 5. Juni 2011 siehe „Politischer Sonderbericht“ unter der Rubrik „Themen“ der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung.

Lima, den 4. Juli 2011

Bettina von Dungen

Die Autorin ist Auslandsmitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Lima, Peru.

#### IMPRESSUM

Erstellt: 04.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,  
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)